

Einhellig in der Ablehnung

Podium diskutierte Auswirkungen des Hochschulrahmengesetzes

TÜBINGEN (abe). Seit zwei Monaten ist das neue Hochschulrahmengesetz (HRG) nun in Kraft. Am Donnerstagabend lud deshalb die Grünen-Hochschulgruppe zu einer Podiumsdiskussion mit Hochschulleitung und Lehrenden ein. Die direkten Auswirkungen in der akademischen Realität und mögliche Alternativen des Gesetzes standen im Mittelpunkt.

„Der Titel Hochschulrahmengesetz' unserer heutigen Diskussionsrunde ist zwar nicht sexy, aber das Thema ist umso provokativer.“ Mit diesen Worten begrüßte Moderator Boris Palmer, Landtagsabgeordneter der Grünen, die rund 70 Zuhörer. Auf dem Podium hatten mit Dr. Cornelia Rauh-Kühne, Privatdozentin an der Fakultät für Philosophie und Geschichte, und Dr. Frank Schüttauf, Mediziner in der neurowissenschaftlichen Forschung, zwei Betroffene Platz genommen. Unterstützt wurden sie durch den Kanzler der Universität, Prof. Georg Sandberger, und Prof. Volker Mosbrugger von der geowis-

Einig waren sich alle, sowohl im Publikum als auch auf dem Podium: Die Reform ist vielleicht gut gemeint, aber in der Praxis untauglich, und sie

schadet dem wissenschaftlichen Nachwuchs. Vor allem zwei Aspekte erhitzen die Gemüter: Das vom Bundestag verabschiedete Hochschulrahmengesetz begrenzt den Zeitraum, den Wissenschaftler auf staatlichen Stellen zubringen dürfen, auf zwölf Jahre und sieht anstelle der Habilitation zeitlich befristete Juniorprofessuren vor.

Unmittelbar nach ihrer Promotion können sich Nachwuchswissenschaftler auf eine Juniorprofessur hin bewerben. Der wissenschaftliche Nachwuchs, so die Konzeption des Bildungsministeriums, soll früher als bisher mit Forschung und Lehre beauftragt werden, um ein Zeichen gegen das hohe Erstberufungsalter von über 40 Jahren und die mangelnde Beziehung zum Lehrberuf zu setzen.

So weit, so gut. Die Auswirkungen in der Realität sind aber andere, wie in der Podiumsdiskussion zutage trat. Viele junge Wissenschaftler auf befristeten Stellen bängen um ihre berufliche Perspektive. „Es geht hier nicht um ein paar arme, nicht genügend exzellente Kreaturen, sondern um bestens ausgewiesene Spitzenleute, die von der Ministerialbürokratie ausgebremst werden“, erklärte Cornelia Rauh-Kühne. Ihre persönliche „HRG-Biografie“ kann stellvertretend für viele gesehen werden. Als sie im Juli 2001, trotz Dreifachbelastung durch Lehre, Forschung und Familie in Neuerer Geschichte habilitiert, sind zwölf Jahre

bereits ausgeschöpft. Derzeit vertritt sie eine Professur und bewirbt sich. „Auf frei werdende Professuren in Neuerer Geschichte kommen bis zu 100 Kandidat/innen. Manche Kolleg(inn)en haben dafür zehn Jahre gewartet.“ Wenn sich nichts daran ändert, kann Cornelia Rauh-Kühne nur noch bis 2004, wenn ihr von der Deutschen Forschungs-Gemeinschaft finanziertes Projekt ausläuft, an der Uni bleiben. Danach ist die Zukunft ungewiss. Auf einer befristeten staatlichen Stelle darf sie nicht mehr arbeiten, von der Dozentenstelle ist sie abgeschnitten und für eine Juniorprofessur überqualifiziert.

„Wir begeben uns international in eine unsinnige Situation, wenn wir meinen, das amerikanische Modell imitieren zu können. Dort ist die Lehrbelastung niedriger und der Assistant Professor, das Vorbild für den Juniorprofessor, hat klare Karriereaussichten“, erläuterte Georg Sandberger, „es geht hier um strukturelle Probleme der Universität.“

In der abschließenden Runde suchten die Teilnehmer nach möglichen Verbesserungen. Die Schaffung eines Stellenpools für Mitarbeiter, die nicht direkt unterkommen, wurde von den einen als mittelfristige Lösung akzeptiert von den anderen als „nettes Trostpflaster zur grobschlächtigen Verarztung“ kritisiert. „Man hat immer Lösungen gefunden. Warum auch nicht in diesem Fall“, schloss Volker Mosbrugger versöhnlich die Runde.

Schwäb. Tagblatt 25.05.2002